

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am **04.12.2025** zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) und Nachbargemeinden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 11.04.2024 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 11.04.2024 bis zum 17.05.2024, geäußerten Stellungnahmen.

Abkürzungen unter Vermerk:

B = Begründung ändern oder ergänzen  
L = Legende ändern oder ergänzen  
T = Textliche Festsetzungen/Hinweise ändern  
Z = Zurückweisung einer Argumentation

H = Handlungsbedarf außerhalb des Planwerks  
N = Nicht übernehmen, da andere Belange überwiegen  
U = Umweltbericht ändern oder ergänzen

K = Keine Abwägung erforderlich  
P = Änderung oder Ergänzung der Planzeichnung  
V = Vorschlag bereits im Plan berücksichtigt

Behörde / TöB	Stellungnahme	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung	Vermerk
1. Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg Referat GL 5	<p><b>Stellungnahme vom 14.05.2024</b></p> <p><b>Beurteilung</b> der angezeigten Planungsabsicht: [X] Ziele der Raumordnung stehen nicht entgegen</p> <p><b>Erläuterungen:</b> Mit dem Bebauungsplan sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Entwicklung eines Sonstigen Sondergebietes „Sport- und Freizeitanlagen“ geschaffen werden. In diesem sollen sowohl Neubauten (Sportlerheim, Tribüne etc.) und Umbauten (Vereinsheim zu einem Dorfgemeinschaftshaus) ermöglicht als auch Bestandsnutzungen (Sportplatz, aktuelles Vereinshaus, Freizeiteinrichtungen etc.) gesichert werden. Das ca. 3,9 ha große Plangebiet befindet sich am südwestlichen Siedlungsrand.</p> <p>Die Mitteilung der Ziele der Raumordnung haben Sie zuletzt mit unserer Stellungnahme vom 09.08.2021 erhalten. In dieser haben wir mitgeteilt, dass kein Widerspruch zu Zielen der Raumordnung zu erkennen ist. Dieser Inhalt der Stellungnahme hat weiterhin Gültigkeit.</p> <p>Rechtliche Grundlagen zur Beurteilung der Planungsabsicht Landesentwicklungsprogramm 2007 (LEPro 2007) vom: 18.12.2007, (GVBl. I S. 235), Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin – Brandenburg (LEP HR) vom: 29.04.2019 (GVBl. II, Nr. 35)</p> <p><b>Bindungswirkung</b> Gemäß § 1 Abs. 4 BauGB sind Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung anzupassen. Die Ziele der Raumordnung können im Rahmen der Abwägung nicht überwunden werden.</p> <p>Die für die Planung relevanten Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung sind aus den o. g. Rechtsgrundlagen von der</p>	<p>Kenntnisnahme. Ziele der Raumordnung stehen der Planungsabsicht nicht entgegen.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p>	<p>K</p> <p>K</p> <p>K</p>

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am **04.12.2025** zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) und Nachbargemeinden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 11.04.2024 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 11.04.2024 bis zum 17.05.2024, geäußerten Stellungnahmen.

Behörde / TöB	Stellungnahme	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung	Vermerk
	<p>Kommune eigenständig zu ermitteln und im Rahmen der Abwägung angemessen zu berücksichtigen.</p> <p><b>Hinweise</b> Diese Stellungnahme gilt, solange die Grundlagen, die zur Beurteilung der Planung geführt haben, nicht wesentlich geändert wurden. Die Erfordernisse aus weiteren Rechtsvorschriften bleiben von dieser Mitteilung unberührt.</p>	Kenntnisnahme.	K
2. Regionale Planungsgemeinschaft „Prignitz-Oberhavel“	<p><b>Stellungnahme vom 16.05.2024</b></p> <p>Die Belange der Regionalen Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel basieren auf den folgenden Erfordernissen der Raumordnung:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan "Rohstoffsicherung/Windenergienutzung" (ReP-Rohstoffe) vom 24. November 2010 (ABl. 2012 S. 1659)</li> <li>- Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan "Freiraum und Windenergie" (ReP FW) vom 21. November 2018</li> <li>- Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan "Grundfunktionale Schwerpunkte" (ReP GSP) vom 8. Oktober 2020 (ABl. S. 1321)</li> </ul> <p>Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 2 "Sport und Freizeit" der Gemeinde Groß Pankow (Stand: Januar 2024) ist mit den Belangen der Regionalen Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel <b>vereinbar</b>.</p> <p><b>Begründung:</b> Der Bebauungsplan hat die städtebauliche Entwicklung einer ca. 3,9 ha großen Fläche in südwestlicher Randlage des Ortsteils Groß Pankow zum Inhalt. Es sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Sicherung und Erweiterung der bereits bestehenden Anlagen der Sport- und Freizeiteinrichtung geschaffen werden. Der aktuell rechtswirksame FNP stellt das Plangebiet bereits als Sonderbaufläche für</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme. Die Planungsabsicht ist mit den Belangen der Regionalen Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel vereinbar.</p> <p>Kenntnisnahme.</p>	<p>K</p> <p>K</p>

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am **04.12.2025** zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) und Nachbargemeinden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 11.04.2024 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 11.04.2024 bis zum 17.05.2024, geäußerten Stellungnahmen.

Behörde / TöB	Stellungnahme	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung	Vermerk
	<p>Sport und Freizeit dar und erfüllt somit das Entwicklungsgebot gem. § 8 Abs. 2 BauGB.</p> <p>Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes befindet sich innerhalb des Vorbehaltsgebietes "Historisch bedeutsame Kulturlandschaft" Nr. 3 "Prignitzer Panketal". Unter Berücksichtigung der Bestandssituation und der konkreten Planungsabsichten begründet die Planung jedoch keinen Widerspruch gegenüber dem Vorbehaltsgebiet. Weitergehende Belange der Regionalplanung werden nicht berührt.</p> <p>Das Vorhaben war im Rahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung bereits Gegenstand regionalplanerischer Stellungnahme (vgl. Schreiben vom 15.07.2021). Seinerzeit ist die Vereinbarkeit mit den Erfordernissen der Regionalplanung festgestellt worden. Die Beurteilung hat weiterhin Bestand.</p> <p>Hinweise!                      Von den regionalplanerischen Zielen gehen eine Anpassungspflicht gemäß § 1 Absatz 4 BauGB bzw. eine Beachtungspflicht gemäß § 4 Absatz 1 Satz 1 ROG aus. Die Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung sind in der Abwägung zu berücksichtigen (ebd.).                      Die Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan "Rohstoffsicherung / Windenergienutzung" wurde mit Bescheid vom 14. Februar 2012 teilweise genehmigt. Von der Genehmigung ausgenommen sind die Festlegung des Vorbehaltsgebietes Nr. 65 "Sicherung oberflächennaher Rohstoffe" sowie die Festlegungen zur "Steuerung der Windenergienutzung". Der Regionalplan wurde zum Zwecke der Bekanntmachung entsprechend redaktionell angepasst und trägt nunmehr die Bezeichnung Regionalplan "Rohstoffsicherung".</p> <p>Die Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan "Freiraum und Windenergie" wurde mit Bescheid vom 17. Juli 2019 teilweise genehmigt. Von der Genehmigung ausgenommen sind die Festlegungen zur Steuerung der raumbedeutsamen Windenergienutzung. Hiergegen hat die Regionale Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel Rechtsmittel eingelegt. Die Festlegungen zum Freiraum und zu den Historisch bedeutsamen Kulturlandschaften wurden genehmigt. Die Bekanntmachung im Amtsblatt für Brandenburg hat noch zu erfolgen.</p>	<p>Kenntnisnahme.</p>	<p>K</p>

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am **04.12.2025** zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) und Nachbargemeinden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 11.04.2024 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 11.04.2024 bis zum 17.05.2024, geäußerten Stellungnahmen.

Behörde / TöB	Stellungnahme	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung	Vermerk
	<p>Durch die regionalplanerische Stellungnahme bleibt die aufgrund anderer Vorschriften bestehende Verpflichtung zum Einholen von Genehmigungen, Bewilligungen oder Zustimmungen unberührt.</p> <p><b>Nach Abschluss des Beteiligungsverfahrens bitten wir um Information über den Planungsfortgang und die Genehmigungsinhalte.</b></p>	Kenntnisnahme. Die Regionale Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavell wird über den Fortgang der Planung in Kenntnis gesetzt.	K, H
3. Landesamt für Bauen und Verkehr (LBV)	<p><b>Stellungnahme vom 13.05.2024</b></p> <p>Den vom Planungsbüro Plankontor Stadt und Land GmbH eingereichten Vorgang habe ich in der Zuständigkeit als Verkehrsoberbehörde des Landes Brandenburg gemäß „Zuständigkeitsregelung hinsichtlich der Beteiligung der Verkehrsbehörden und der Straßenbauverwaltung als Träger öffentlicher Belange in Planverfahren“ Erlass des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung vom 17.06.2015 (Amtsblatt für Brandenburg Nr. 27 vom 15.07.2015) geprüft.</p>	Kenntnisnahme.	K
	<p>Gegen die vorliegende Planung bestehen im Hinblick auf die zum Zuständigkeitsbereich des Landesamtes für Bauen und Verkehr gehörenden Verkehrsbereiche Eisenbahn/Schienenpersonennahverkehr, Binnenschifffahrt und übriger ÖPNV keine Bedenken. Anlagen der Eisenbahn sowie schiffbare Landesgewässer werden nicht berührt.</p>	Kenntnisnahme. Es bestehen keine Bedenken.	K
	<p><u>Luftfahrt</u></p> <p>Nach Prüfung der vorgelegten Unterlagen ergeht mit Bezug auf §§ 12 ff i. V. m. § 31 Abs. 2 (LuftVG) von der Oberen Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg ggf. eine gesonderte Stellungnahme.</p>	Kenntnisnahme.	K
	<p>Durch die verkehrsplanerische Stellungnahme bleibt die aufgrund anderer Vorschriften bestehende Verpflichtung zum Einholen von Genehmigungen, Bewilligungen oder Zustimmungen unberührt.</p>	Kenntnisnahme.	K
4. Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg (LuBB)	<p><b>Stellungnahme vom 23.04.2024</b></p> <p>Nach Prüfung der vorgelegten Unterlagen zum Entwurf des Bebauungsplanes Groß Pankow Nr. 2 „Sport und Freizeit“ der Gemeinde Groß Pankow (Stand: Januar 2024) wird von Seiten der Gemeinsamen Oberen Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg (LuBB) mit Bezug auf § 31 Abs. 2</p>	Kenntnisnahme. Es bestehen keine Bedenken.	K

Behörde / TöB	Stellungnahme	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung	Vermerk
	<p>Luftverkehrsgesetz (LuftVG) wie folgt Stellung genommen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Das Planungsgebiet befindet sich im Zuständigkeitsbereich der LuBB.</li> <li>2. Die Belange der zivilen Luftfahrt werden aus luftverkehrsrechtlicher Sicht durch das o.g. Verfahren nicht berührt.</li> <li>3. 18a LuftVG (Störung von Flugsicherungseinrichtungen) steht dem obigen Vorhaben nicht entgegen.</li> <li>4. Es bestehen keine Bedenken gegen den Entwurf des Bebauungsplanes Groß Pankow Nr. 2 „Sport und Freizeit“ der Gemeinde Groß Pankow (Stand: Januar 2024).</li> </ol> <p><b><u>Begründung:</u></b>  Das Planvorhaben liegt in Groß Pankow im Landkreis Prignitz des Bundeslandes Brandenburg.  Im Umkreis bis 11 km befinden sich keine Landeplätze. Das Planungs-vorhaben befindet sich insgesamt außer-halb von Bauschutzbereichen gern. §§ 12, 17 LuftVG und Hindernisbegrenzungsflächen ziviler Flug-plätze (Verkehrs-, Sonder-, Hubschrauber-Sonderlandeplätzen) sowie Segel- und Modellfluggeländen.</p> <p>Die geplante Ausweisung eines sonstigen Sondergebietes mit der Zweck-bestimmung: Sport und Freizeit ist nicht geeignet, luftverkehrsrechtliche Belange zu beeinträchtigen.</p> <p>Das Plangebiet liegt ebenfalls außerhalb von Schutzbereichen ziviler Flugsicherungsanlagen (vgl.§ 18a LuftVG).</p> <p>Insgesamt bestehen daher keine Bedenken gegen den Entwurf des Bebauungsplanes Groß Pankow Nr. 2 „Sport und Freizeit“ der Gemeinde Groß Pankow (Stand: Januar 2024).</p> <p><b><u>Hinweise:</u></b>  1. Sollten die geplanten Inhalte/Gebiete des o. g. Vorhabens geändert werden, wird um erneute Vorlage bei der Luftfahrtbehörde gebeten.</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p>	<p>K</p> <p>K</p> <p>K</p> <p>K</p>

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am **04.12.2025** zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) und Nachbargemeinden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 11.04.2024 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 11.04.2024 bis zum 17.05.2024, geäußerten Stellungnahmen.

Behörde / TöB	Stellungnahme	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung	Vermerk
	<p>2. Zur Abklärung militärischer Belange wenden Sie sich bitte an das Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr (BAIUDBw), Postfach 2963, 53019 Bonn.</p> <p>3. Weitere Informationen finden Sie unter: „Luftfahrthindernisse - Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg“.</p>		
5. Zentraldienst der Polizei Kampfmittelbeseitigungsdienst	<p><b>Stellungnahme vom 23.04.2024</b></p> <p>Zur Beplanung des o. g. Gebietes bestehen keine grundsätzlichen Einwände. Bei konkreten Bauvorhaben ist bei Notwendigkeit eine Kampfmittelfreiheitsbescheinigung beizubringen. Darüber entscheidet die für das Baugenehmigungsverfahren zuständige Behörde auf der Grundlage einer vom Kampfmittelbeseitigungsdienst erarbeiteten Kampfmittelverdachtsflächenkarte. Diese Einschätzung gilt auch für zukünftige Änderungen dieses Planes.</p> <p><b>Neuerungen bei der Verlegung von Medienträgern</b> Für die Verlegung von Medienträgern und die damit verbundenen erforderlichen Bodeneingriffe in Bestandstrassen in Kampfmittelverdachtsgebieten ist eine Freistellung von Anträgen auf Grundstücksüberprüfung möglich.</p>	<p>Kenntnisnahme. Es bestehen keine grundsätzlichen Einwände.</p> <p>Kenntnisnahme.</p>	<p>K</p> <p>K</p>
6. Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum (BLDAM)	– <b>keine Stellungnahme</b> –	Kenntnisnahme.	K
7. Landesamt für Umwelt (LfU)	<p><b>Stellungnahme vom 16.05.2024</b></p> <p>Die zum o. g. Betreff übergebenen Unterlagen wurden von den Fachabteilungen Naturschutz, Immissionsschutz und Wasserwirtschaft (Prüfung des Belangs Wasserwirtschaft hier bezogen auf die Zuständigkeiten des Wasserwirtschaftsamtes gemäß BbgWG § 126, Abs. 3, Satz 3, Punkte 1-</p>	Kenntnisnahme.	K

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am **04.12.2025** zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) und Nachbargemeinden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 11.04.2024 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 11.04.2024 bis zum 17.05.2024, geäußerten Stellungnahmen.

Behörde / TöB	Stellungnahme	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung	Vermerk
	<p>5 u. 8) des Landesamtes für Umwelt (LfU) zur Kenntnis genommen und geprüft. Im Ergebnis dieser Prüfung werden für die weitere Bearbeitung der Planungsunterlagen sowie deren Umsetzung beiliegende Stellungnahmen der Fachabteilungen Immissionsschutz und Wasserwirtschaft übergeben. Die fachliche Zuständigkeit für den Naturschutz obliegt der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Prignitz.</p> <p><b>Landesamt für Umwelt - Abteilung Wasserwirtschaft 1 und 2 - Wasserwirtschaft -</b></p> <p><b>2. Fachliche Stellungnahme</b>  [X] Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage</p> <p><b>Die wasserwirtschaftlichen Belange des LfU gemäß BbgWG § 126 Abs. 3, Satz 3 betreffend werden folgende Hinweise gegeben:</b></p> <p>Das Referat W13 (Wasserwirtschaft in Genehmigungsverfahren) hat im Rahmen der Behördenbeteiligung zu genanntem Bebauungsplan zuletzt innerhalb der Gesamtstellungnahme des LfU vom 26.08.2021 eine Stellungnahme abgegeben.</p> <p><i>Darin wurde mitgeteilt, dass die wasserwirtschaftlichen Belange des LfU durch die vorgesehene Planung nicht betroffen sind.</i></p> <p>Da es bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine neuen Erkenntnisse zu dem Vorhaben gibt, behalten die in der Stellungnahme getroffenen Aussagen weiterhin ihre Gültigkeit.</p> <p><b>Landesamt für Umwelt - Abteilung Technischer Umweltschutz 2 - Immissionsschutz -</b></p> <p><b>2. Fachliche Stellungnahme</b>  [X] Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p>	<p>K</p> <p>K</p> <p>K</p> <p>K</p> <p>K</p>

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am **04.12.2025** zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) und Nachbargemeinden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 11.04.2024 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 11.04.2024 bis zum 17.05.2024, geäußerten Stellungnahmen.

[illegible]

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am **04.12.2025** zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) und Nachbargemeinden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 11.04.2024 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 11.04.2024 bis zum 17.05.2024, geäußerten Stellungnahmen.

Behörde / TöB	Stellungnahme	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung	Vermerk
	<p>eingesetzte Technik, Zuschauerzahl etc.). Dies ist im vorliegenden Fall aber unerheblich, da für die Errichtung einer Tribüne eine Baugenehmigung erforderlich ist, in deren Rahmen auch eine Prüfung der Aspekte des Immissionsschutzes erfolgt. Für Veranstaltungen auf der Festwiese wiederum ist eine entsprechende Erlaubnis mit einhergehender Prüfung (auch hinsichtlich der Belange des Immissionsschutzes) gemäß GewO bzw. LImSchG4 einzuholen.</p> <p><b>3. Fazit</b>                      Nach derzeitigem Kenntnisstand werden die Immissionsrichtwerte der TA Lärm an den nächstgelegenen schutzwürdigen Bauungen eingehalten. Somit kann dem Entwurf des Bebauungsplans aus Sicht der hier zu vertretenden Belange des Immissionsschutzes zugestimmt werden.</p> <p>Die vorliegende Stellungnahme verliert mit der wesentlichen Änderung der Beurteilungsgrundlagen ihre Gültigkeit. Das Ergebnis der Abwägung durch die Kommune ist entsprechend § 3 Abs. 2 Satz 4 BauGB mitzuteilen. Weiterhin wird um eine Anzeige zum Inkrafttreten des Planes bzw. die Erteilung der Genehmigung gebeten.</p>	Kenntnisnahme.	K
8. Landesbetrieb Forst Brandenburg Oberförsterei Bad Wilsnack	<p><b>Stellungnahme vom 16.04.2024</b></p> <p>Von Seiten des Forstamtes Prignitz bestehen keine Einwände zu oben genanntem Bebauungsplan. Waldflächen gemäß § 2 des Waldgesetzes des Landes Brandenburg (LWaldG) vom 20. April 2004 (GVBl. I/04, [Nr.06], S. 137) in der jeweils geltenden Fassung sind nicht betroffen.</p>	Kenntnisnahme. Es bestehen keine Bedenken.	K
9. Landesbüro der anerkannten Naturschutzverbände	– <b>keine Stellungnahme</b> –	Kenntnisnahme.	K
10. Landkreis Prignitz	<p><b>Stellungnahme vom 02.05.2024</b></p> <p>Nach Beteiligung der vom Vorhaben betroffenen Sachbereiche nimmt der Landkreis Prignitz zum oben genannten Verfahren wie folgt Stellung:</p>	Kenntnisnahme.	K

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am **04.12.2025** zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) und Nachbargemeinden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 11.04.2024 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 11.04.2024 bis zum 17.05.2024, geäußerten Stellungnahmen.

Behörde / TöB	Stellungnahme	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung	Vermerk
	<p><b>I. Sb Brand- und Katastrophenschutz</b> Die Löschwasserversorgung muss sichergestellt sein. Arbeitsblatt W 405 DVGW</p> <p><b>II. Sb Denkmalschutz</b> Im Bereich des o. g. Vorhaben sind derzeit keine Denkmale im Sinne des Gesetzes über den Schutz und die Pflege der Denkmale im Land Brandenburg (BbgDSchG) vom 24. Mai 2004 (GVBl. Bbg. 9, 215 ff) §§ 1 Abs. 1, 2 Abs. 1-2 registriert. Da bisher unbekannte Bodendenkmale auftreten können, ist der Belang der Bodendenkmalpflege insbesondere § 11 Abs. 3 BbgDSchG zu beachten. Es bestehen ansonsten keine Bedenken aus denkmalpflegerischer Sicht.</p> <p>Hinweise 1. Sollten bei den erforderlichen Erdarbeiten Bodendenkmalstrukturen (Steinsetzungen, Verfärbungen, Scherben, Knochen, Metallgegenstände etc.) freigelegt werden, ist dies <b>unverzüglich</b> der unteren Denkmalschutzbehörde des Landkreises Prignitz (Tel. 03876 / 713 127; Fax 03876 / 713 300) anzuzeigen.</p> <p>2. Die Fundstätte und der Fund bzw. die Funde sind nach § 11 Abs. 3 BbgDSchG bis zum Ablauf von einer Woche in unverändertem Zustand zu erhalten. Innerhalb dieser Zeitspanne erfolgt so schnell als möglich eine Begutachtung durch das Fachpersonal der Denkmalbehörden.</p> <p>3. Bei Projektänderungen sind die betreffenden Pläne und sonstigen Unterlagen unverzüglich der Unteren Denkmalschutzbehörde des Landkreises Prignitz zur erneuten Stellungnahme einzureichen.</p> <p>4. Die entdeckten Funde sind ablieferungspflichtig (§§ 11 Abs. 4 und 12 Abs. 1 und 2 BbgDSchG).</p> <p><b>III. Sb Umwelt</b> <u>1. als untere Wasserbehörde (UWB)</u> Gegen den o. g. Bebauungsplan bestehen keine Bedenken.</p>	<p>Der Hinweis wird beachtet. Im Rahmen der Erschließungsplanung ist der entsprechende Nachweis zur Löschwasserversorgung einzureichen.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Die Hinweise wurden bereits in die Planunterlagen mit aufgenommen.</p>	<p>H</p> <p>K</p> <p>V</p> <p>K</p>

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am **04.12.2025** zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) und Nachbargemeinden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 11.04.2024 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 11.04.2024 bis zum 17.05.2024, geäußerten Stellungnahmen.

Behörde / TöB	Stellungnahme	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung	Vermerk
	<p><u>2. als untere Naturschutzbehörde (UNB)</u> Gemäß § 1 Abs. 1 NatSchZustV ist die untere Naturschutzbehörde (UNB) für die Durchführung des BNatSchG sowie des BbgNatSchAG und der auf Ihrer Grundlage erlassenen Rechtsvorschriften zuständig, soweit im BbgNatSchAG oder in der NatSchZustV nichts anders bestimmt ist. Demzufolge nimmt die UNB alle Belange des Natur- und Artenschutzes wahr. Die Zuständigkeit der Oberen Naturschutzbehörde (ONB, LfU, Referat N 1) ist in diesem Beteiligungsverfahren nicht gegeben.</p> <p>Seitens der UNB bestehen gegen den BP(-Entwurf) unter Beachtung und Umsetzung nachfolgender Ausführungen keine Bedenken.</p> <p><u>Artenschutz</u> Die artenschutzrechtlichen Zugriffsverbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG gelten gemäß § 44 Abs. 5 BNatSchG für nach den Vorschriften des Baugesetzes zulässige Vorhaben im Sinne des § 18 Abs. 2 Satz 1 BNatSchG (Vorhaben in Gebieten mit Bebauungsplänen nach § 30 BauGB, während der Planaufstellung nach § 33 BauGB und im Innenbereich nach § 34 BauGB), für europäische Vogelarten und Arten des Anhang IV der FFH-Richtlinie. Alle anderen nur national geschützten Arten (besonders geschützt) sind im Rahmen der Abwägung/ Eingriffsregelung nach den Vorschriften des § 1a BauGB auf der Planungsebene zu behandeln.</p> <p>Die durchgeführten faunistischen Potenzialabschätzungen hinsichtlich der Betroffenheit der Brutvögel, Amphibien und die durchgeführte Reptilienerfassung erfolgten in ausreichendem Umfang und wie mit der UNB vorher abgestimmt.</p> <p><u>Reptilien (insb. Zauneidechse):</u> Im nördlichen Randbereich des Plangebietes, an einem südexponierten Gehölzrand wurden Jungtiere der Zauneidechse und der Waldeidechse nachgewiesen. Im Gegensatz zur früheren Planung (2021) ist über die Habitatfläche der Reptilien nun kein Fußweg mehr vorgesehen. Die Habitatfläche liegt zudem außerhalb der vorgesehenen Baugrenzen. Bau- und anlagebedingte Beeinträchtigungen können somit ausgeschlossen werden.</p> <p>Betriebsbedingte Beeinträchtigungen der Reptilienhabitate werden laut Artenschutzfachbeitrag (AFB) zwar nicht erwartet, da die Anlage von 2</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme. Die faunistischen Untersuchungen werden akzeptiert.</p> <p>Kenntnisnahme.</p>	<p>K</p> <p>K</p> <p>K</p> <p>K</p>

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am **04.12.2025** zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) und Nachbargemeinden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 11.04.2024 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 11.04.2024 bis zum 17.05.2024, geäußerten Stellungnahmen.

Behörde / TöB	Stellungnahme	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung	Vermerk
	<p>zusätzlichen Steinhäufen (siehe AFB, Seite 12) als Versteckstrukturen dort vorgesehen sind und eine gesonderte Pflege der Habitatfläche berücksichtigt wird. Jedoch stimmt die Kennzeichnung der Habitatfläche im B-Plan nicht mit der Darstellung der tatsächlichen Reptilienhabitatfläche im AFB (Anlage 1, rot schraffierter Bereich) überein. Die aktuell im B-Plan dargestellte Pflegefläche ist entsprechend anzupassen.</p> <p>Eine Beeinträchtigung der artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 Nr. 1 -3 BNatSchG kann dann jedoch ausgeschlossen werden und die UNB kann sich dem Fazit des Gutachters im AFB anschließen.</p> <p><u>Forderung:</u> Die gesondert zu pflegende Reptilienhabitatfläche am nördlichen Rand des Plangebietes ist als gesonderte Fläche im B-Plan auszuweisen, entsprechend der tatsächlichen Kartierung (siehe AFB Anlage 1, rot schraffierter Bereich) und in die Legende aufzunehmen.</p> <p><u>Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung -Schutzgut Boden, Seite 26 im Umweltbericht</u> Auf der Seite 26 im Umweltbericht wird in der Tabelle 2 der Kompensationsbedarf (KB) für die Voll- und Teilversiegelung rechnerisch dargestellt. In der Zeile, in der der KB für die Teilversiegelung berechnet wird, hat sich ein Rechenfehler eingeschlichen: die Differenz aus 3.243 m<sup>2</sup> (Planungsabsicht) und 1.129 m<sup>2</sup> (Bestand) beträgt 2.114 m<sup>2</sup> und nicht 1.577 m<sup>2</sup>, wie in der Tabelle beschrieben. Daraus folgt, dass der KB für die Teilversiegelung 1.057 m<sup>2</sup> beträgt. Insgesamt besteht daher für die maximal mögliche Versiegelung im Plangebiet ein Kompensationsbedarf von 2.313 m<sup>2</sup> (Summe aus KB Vollversiegelung und KB Teilversiegelung). Des Weiteren wird in diesem Abschnitt des Umweltberichts beschrieben, dass die maximal mögliche Versiegelung durch die Anpflanzung von Bäumen in der Pflanzqualität Ballenware, 2x verpflanzt, 12 -14 cm Mindeststammumfang kompensiert werden soll. Bei einer maximal möglichen Versiegelung von 2.313 m<sup>2</sup> ergibt sich ein maximaler Kompensationsbedarf von 46 Bäumen in der oben genannten Pflanzqualität.</p> <p><u>Forderung</u> Der textliche sowie tabellarische Teil im Umweltbericht auf Seite 26 ist hinsichtlich des Rechenfehlers zu korrigieren.</p>	<p>Artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände werden ausgeschlossen, so dass die uNB den AFB akzeptiert.</p> <p>Der Hinweis wurde berücksichtigt, indem in die Planzeichnung der im AFB gekennzeichnete Bereich für die Zauneidechse als SPE-Fläche festgesetzt wird.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Der Umweltbericht wurde entsprechend überarbeitet.</p>	<p>K</p> <p>P</p> <p>K</p> <p>U</p>

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am **04.12.2025** zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) und Nachbargemeinden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 11.04.2024 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 11.04.2024 bis zum 17.05.2024, geäußerten Stellungnahmen.

Behörde / TöB	Stellungnahme	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung	Vermerk
	<p><u>Grünordnerische Festsetzungen (II.) -3. Kompensation Schutzgut Boden</u> In der Grünordnerischen Festsetzung Nr. 3 „Kompensation Schutzgut Boden“ wird der Mindeststammumfang für die Ersatzpflanzungen auf 10 -12 cm festgelegt.</p> <p><u>Forderung:</u> Da entsprechend der Hinweise zum Vollzug der Eingriffsregelung (HVE, Stand: April 2009) ein Mindeststammumfang von 12 -14 cm für Ersatzpflanzungen gefordert wird, ist die Grünordnerischen Festsetzung Nr. 3 „Kompensation Schutzgut Boden“ diesbezüglich zu ändern.</p> <p><u>Hinweise (III.) -1.1 Schutzgut Boden/ Pflanzen und Biotope</u> Unter III. Hinweise, 1.1 Schutzgut Boden / Pflanzen und Biotope wird darauf hingewiesen, dass während der Baumaßnahmen u. a. die RAS-LP4 zu beachten ist.</p> <p><u>Forderung:</u> Da die RAS-LP4 von 1999 durch die „Richtlinien zum Schutz von Bäumen und Vegetationsbeständen bei Baumaßnahmen (R SBB)“ -Ausgabe 2023 ersetzt wurden, ist im Hinweis Nr. 1.1 die R SBB anzugeben.</p> <p><b>IV. Sb Bauordnung</b> <u>1. Bauordnungsrecht</u> Zum Bebauungsplan Groß Pankow Nr. 2 "Sport und Freizeit" gibt es bauordnungsrechtlich keine Anmerkungen.</p> <p><u>2. Planungsrecht</u> • Zum Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses sind die auf der Planzeichnung und Begründung aufgeführten Rechtsgrundlagen in ihrer aktuellen Fassung zu benennen. Derzeit zu aktualisieren sind das BbgNatSchAG und BbgDSchG, zuletzt geändert am 05.03.2024.</p> <p>• Bereits in der Stellungnahme des Landkreises Prignitz vom 10.08.2021 (Beteiligung nach § 4 Abs. 1 BauGB) wurde seitens des Sachbereiches Planung der Hinweis gegeben, dass alle Baugrenzen und Flächen für Nebenanlagen so zu vermaßen sind, dass sie eindeutig bestimmt sind. Entgegen der Abwägung wurden die Bemaßung nicht angepasst und die</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Die textlichen Festsetzungen wurden entsprechend angepasst.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Der Hinweis wurde entsprechend geändert.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Die Rechtsgrundlagen werden entsprechend aktualisiert.</p> <p>Der Hinweis wird berücksichtigt und die Planzeichnung mit Vermassungsketten ergänzt.</p>	<p>K</p> <p>T</p> <p>K</p> <p>T</p> <p>K</p> <p>P, T, B, U</p> <p>P</p>

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am **04.12.2025** zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) und Nachbargemeinden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 11.04.2024 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 11.04.2024 bis zum 17.05.2024, geäußerten Stellungnahmen.

Behörde / TöB	Stellungnahme	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung	Vermerk
	<p>Eindeutigkeit hergestellt. Enthalten ist zwar die Bemaßung der Baufelder, aber nicht der Bezug zur Straßenbegrenzungs- bzw. Geltungsbereichsgrenze. Die Planzeichnung ist um die Angaben zu vervollständigen.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• In der Grünordnerischen Festsetzung 11.2 wird im letzten Absatz Bezug auf die Grünordnerische Festsetzung 11.3 Kompensation der Bodenversiegelung genommen. Die Festsetzung 11.3 wird jedoch unter der Teilüberschrift Kompensation Schutzgut Boden aufgeführt. Die Übereinstimmung ist herzustellen.</li> <li>• Die der allgemeinen Erschließung dienenden öffentlichen Straßenverkehrsflächen sind in der Planzeichnung durch Straßenbegrenzungslinien abzugrenzen. Die Erschließung über die vorhandene öffentliche Straße kann im Bebauungsplan in unterschiedlicher Form verdeutlicht werden:                         <ul style="list-style-type: none"> <li>- entweder die angrenzende Verkehrsfläche wird (ganz oder teilweise, z.B. bis zur Straßenmitte) in den Geltungsbereich einbezogen und als öffentliche Straßenverkehrsfläche überplant</li> <li>- oder der Straßenanschluss wird durch eine textliche Festsetzung klargestellt, z.B.: Die Geltungsbereichsgrenze ist zwischen den Punkten A und B sowie zwischen den Punkten C und D zugleich Straßenbegrenzungslinie.</li> </ul> </li> </ul> <p>Unter diesem Gesichtspunkt ist die östlich an das Plangebiet angrenzende „Rosa-Luxemburg-Straße“ zu überarbeiten. Die Straßenbegrenzungslinie ist in die Zeichenerklärung aufzunehmen.</p>	<p>Die textlichen Festsetzungen wird entsprechend angepasst.</p> <p>Die Anregung, eine Straßenbegrenzungslinie festzusetzen, wird zur Kenntnis genommen. Die Festsetzung einer Straßenbegrenzungslinie ist für die städtebauliche Zielsetzung dieses Bebauungsplans jedoch nicht erforderlich, da der Verlauf der angrenzenden Erschließungsstraße (Rose-Luxemburg-Straße) hinreichend durch die Abgrenzung des Geltungsbereiches festgelegt ist. Eine zusätzliche Straßenbegrenzungslinie würde über die notwendige planerische Festsetzung hinausgehen und keinen zusätzlichen Regelungsgehalt im Sinne des § 1 Abs. 3 BauGB entfalten. Eine zusätzliche Festsetzung würde keine verbesserte Steuerungswirkung entfalten, sondern lediglich die planerische Flexibilität bei möglichen Detailanpassungen im Ausbauprozess einschränken. Die Gemeinde sieht daher von einer entsprechenden Festsetzung ab.</p>	<p>T</p> <p>Z</p>
11. Wasser- und Bodenverband "Prignitz" Pritzwalk	<p><b>Stellungnahme vom 22.04.2024</b></p> <p>Im räumlichen Geltungsbereich des oben genannten Bebauungsplanes sind keine Wasserläufe II. Ordnung des Wasser- und Bodenverbandes 11Prignitz11 und nach unserem Kenntnisstand auch keine Drainagen betroffen, so dass die Belange des Wasser- und Bodenverbandes „Prignitz“ nicht berührt werden.</p>	<p>Kenntnisnahme. Die Belange des Wasser- und Bodenverbandes „Prignitz“ Pritzwalk werden nicht berührt.</p>	K

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am **04.12.2025** zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) und Nachbargemeinden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 11.04.2024 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 11.04.2024 bis zum 17.05.2024, geäußerten Stellungnahmen.

Behörde / TöB	Stellungnahme	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung	Vermerk																				
12. Wasser- und Abwasserzweckverband Pritzwalk	– <b>keine Stellungnahme</b> –	Kenntnisnahme.	K																				
13. Telefonica Germany GmbH Co. OHG	– <b>keine Stellungnahme</b> –	Kenntnisnahme.	K																				
14. Deutsche Telekom Technik GmbH PTI 31 - Planauskunft	– <b>keine Stellungnahme</b> –	Kenntnisnahme.	K																				
15. GDMcom Gesellschaft für Dokumentation und Telekommunikation mbH	<p><b>Stellungnahme vom 18.04.2024</b></p> <p>bezugnehmend auf Ihre oben genannte/n Anfrage(n), erteilt GDMcom Auskunft zum angefragten Bereich für die folgenden Anlagenbetreiber:</p> <table border="0"> <thead> <tr> <th>Anlagenbetreiber</th><th>Hauptsitz</th><th>Betroffenheit</th><th>Anhang</th></tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Erdgasspeicher Peissen GmbH</td><td>Halle</td><td>nicht betroffen</td><td>Auskunft Allgemein</td></tr> <tr> <td>Ferngas Netzgesellschaft mbH (Netzgebiet Thüringen-Sachsen) <sup>1</sup></td><td>Schwaig b. Nürnberg</td><td>nicht betroffen</td><td>Auskunft Allgemein</td></tr> <tr> <td>ONTRAS Gastransport GmbH <sup>2</sup></td><td>Leipzig</td><td>nicht betroffen</td><td>Auskunft Allgemein</td></tr> <tr> <td>VNG Gasspeicher GmbH <sup>2</sup></td><td>Leipzig</td><td>nicht betroffen</td><td>Auskunft Allgemein</td></tr> </tbody> </table> <p>1) Die Ferngas Netzgesellschaft mbH („FG“) ist Eigentümer und Betreiber der Anlagen der früheren Ferngas Thüringen-Sachsen GmbH („FGT“), der Erdgasversorgungsgesellschaft Thüringen-Sachsen mbH (EVG) bzw. der Erdgastransportgesellschaft Thüringen-Sachsen mbH (ETG).</p> <p>2) Wir weisen darauf hin, dass die Ihnen ggf. als Eigentümerin von Energieanlagen bekannte VNG – Verbundnetz Gas AG, Leipzig, im Zuge gesetzlicher Vorschriften zur Entflechtung vertikal integrierter Energieversorgungsunternehmen zum 01.03.2012 ihr Eigentum an den dem Geschäftsbereich „Netz“ zuzuordnenden Energieanlagen auf die ONTRAS – VNG Gastransport GmbH (nunmehr firmierend als ONTRAS Gastransport GmbH) und ihr Eigentum an den dem Geschäftsbereich „Speicher“ zuzuordnenden Energieanlagen auf die VNG</p>	Anlagenbetreiber	Hauptsitz	Betroffenheit	Anhang	Erdgasspeicher Peissen GmbH	Halle	nicht betroffen	Auskunft Allgemein	Ferngas Netzgesellschaft mbH (Netzgebiet Thüringen-Sachsen) <sup>1</sup>	Schwaig b. Nürnberg	nicht betroffen	Auskunft Allgemein	ONTRAS Gastransport GmbH <sup>2</sup>	Leipzig	nicht betroffen	Auskunft Allgemein	VNG Gasspeicher GmbH <sup>2</sup>	Leipzig	nicht betroffen	Auskunft Allgemein	Kenntnisnahme.	K
Anlagenbetreiber	Hauptsitz	Betroffenheit	Anhang																				
Erdgasspeicher Peissen GmbH	Halle	nicht betroffen	Auskunft Allgemein																				
Ferngas Netzgesellschaft mbH (Netzgebiet Thüringen-Sachsen) <sup>1</sup>	Schwaig b. Nürnberg	nicht betroffen	Auskunft Allgemein																				
ONTRAS Gastransport GmbH <sup>2</sup>	Leipzig	nicht betroffen	Auskunft Allgemein																				
VNG Gasspeicher GmbH <sup>2</sup>	Leipzig	nicht betroffen	Auskunft Allgemein																				

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am **04.12.2025** zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) und Nachbargemeinden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 11.04.2024 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 11.04.2024 bis zum 17.05.2024, geäußerten Stellungnahmen.

Behörde / TöB	Stellungnahme	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung	Vermerk
	<p>Gasspeicher GmbH übertragen hat. Die VNG – Verbundnetz Gas AG ist damit nicht mehr Eigentümerin von Energieanlagen.</p> <p>Diese Auskunft gilt nur für den dargestellten Bereich und nur für die Anlagen der vorgenannten Unternehmen, so dass noch mit Anlagen weiterer Betreiber gerechnet werden muss, bei denen weitere Auskünfte einzuholen sind!</p> <p>PE-Nr.: 04146/24 Reg.-Nr.: 04146/24</p> <p><u>ONTRAS Gastransport GmbH</u> <u>Ferngas Netzgesellschaft mbH (Netzgebiet Thüringen-Sachsen) VNG</u> <u>Gasspeicher GmbH</u> <u>Erdgasspeicher Peissen GmbH</u></p> <p>Im angefragten Bereich befinden sich keine Anlagen und keine zurzeit laufenden Planungen der/s oben genannten Anlagenbetreiber/s. Wir haben keine Einwände gegen das Vorhaben.</p> <p>Diese Zustimmung gilt vorbehaltlich der noch ausstehenden Prüfung, ob Anlagen der ONTRAS bzw. vorgenannter Anlagenbetreiber von <b>Ausgleichs-/Ersatz-/Kompensationsmaßnahmen außerhalb des Plangebietes</b> berührt werden.</p> <p>Die ONTRAS ist deshalb an der Planung dieser Maßnahmen zu beteiligen.</p> <p>Auflage: Sollte der Geltungsbereich bzw. die Planung erweitert oder verlagert werden oder der Arbeitsraum die dargestellten Planungsgrenzen überschreiten, so ist es notwendig, eine erneute Anfrage durchzuführen. Sofern im Zuge des o.g. Vorhabens Baumaßnahmen vorgesehen sind, hat durch den Bauausführenden rechtzeitig - also mindestens 6 Wochen vor Baubeginn - eine erneute Anfrage zu erfolgen.</p>	<p>Kenntnisnahme. Gegen die Planungsabsicht bestehen keine Einwände.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p>	<p>K</p> <p>K</p> <p>K</p>

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am **04.12.2025** zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) und Nachbargemeinden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 11.04.2024 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 11.04.2024 bis zum 17.05.2024, geäußerten Stellungnahmen.

Behörde / TöB	Stellungnahme	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung	Vermerk
16. E.ON edis Regionalbereich Prignitz-Ruppin	<p><b>Stellungnahme vom 14.05.2024</b></p> <p>In Ihrem Planungsgebiet befinden sich Niederspannungskabelanlagen im Eigentum der E.DIS Netz GmbH. Wir senden Ihnen im Anhang einen Bestandsplan zu.</p> <p>Da Energieanlagen nicht über- oder unterbaut werden dürfen, sind evtl. Umverlegungs- bzw. Schutzmaßnahmen rechtzeitig mit uns abzustimmen. Dieser Verfahrensweg ist auch dann notwendig, wenn zurzeit unbefestigte Straßen und Rad- /Gehwege ausgebaut, verändert bzw. befestigt werden sollen.</p> <p>Vor Aufnahme von Bautätigkeiten ist eine aktualisierte Bestandsplanauskunft über unser Planauskunftsportal anzufragen. Außerdem sind die darin enthaltenen Informationen zu "Örtliche Einweisung/Ansprechpartner", die "Besonderen Hinweise", das "Merkblatt zum Schutz der Verteilungsanlagen" sowie die spartenspezifischen Verhaltensregeln besonders zu beachten. Eine Einweisung vor Ort ist erforderlich.</p> <p>Wir möchten darauf hinweisen, dass wir Ihr Vorhaben zum heutigen Zeitpunkt, als Information zum Planungsstand betrachten, ohne dass von uns konkrete Maßnahmen geplant werden.</p>	<p>Kenntnisnahme. Der Leitungsverlauf wurde nachrichtlich in die Planzeichnung aufgenommen und mit einem entsprechenden Leitungsrecht festgesetzt.</p> <p>Eine Überbauung der Energieanlagen durch die Planungsabsicht kann derzeit ausgeschlossen werden.</p> <p>Kenntnisnahme. Der Hinweis werden in die Begründung mit aufgenommen.</p> <p>Kenntnisnahme.</p>	<p>P</p> <p>Z</p> <p>B</p> <p>K</p>
17. Stadt Pritzwalk	<p><b>Stellungnahme vom 12.04.2024</b></p> <p>Aus Sicht der Stadt Pritzwalk bestehen keine Einwände oder Hinweise bezüglich der oben genannten Bauleitplanung. Planungen bzw. sonstige Entwicklungsvorhaben der Stadt Pritzwalk, die für den Planbereich Bedeutung haben könnten, sind derzeit nicht vorgesehen.</p>	<p>Kenntnisnahme. Es bestehen keine Einwände.</p>	<p>K</p>
18. Gemeinde Heiligengrabe	<p><b>Stellungnahme vom 18.04.2024</b></p> <p>Nach Durchsicht der Unterlagen hat die Gemeinde Heiligengrabe keine Einwände gegen den Bebauungsplan Groß Pankow Nr. 2 „Sport und Freizeit“.</p> <p>Bitte beteiligen Sie uns am weiteren Verfahren.</p>	<p>Kenntnisnahme. Es bestehen keine Einwände.</p> <p>Die Gemeinde Heiligengrabe wird am weiteren Verfahren beteiligt.</p>	<p>K</p> <p>K</p>

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am **04.12.2025** zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) und Nachbargemeinden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 11.04.2024 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 11.04.2024 bis zum 17.05.2024, geäußerten Stellungnahmen.

Behörde / TöB	Stellungnahme	Berücksichtigung / Beschlussempfehlung	Vermerk
19. Gemeinde Guntow Bauwesen	– <b>keine Stellungnahme</b> –	Kenntnisnahme.	K
20. Gemeinde Plattenburg	<b>Stellungnahme vom 18.04.2024</b>  Seitens der Gemeinde Plattenburg bestehen zum betreffenden Vorhaben keine Bedenken, Hinweise oder Anregungen.	Kenntnisnahme. Es bestehen keine Bedenken.	K
	Ich bedanke mich, bitte aber dessen ungeachtet um Mitteilung des Abwägungsergebnisses im Rahmen der Beteiligung.	Kenntnisnahme.	K
21. Stadt Perleberg	– <b>keine Stellungnahme</b> –	Kenntnisnahme.	K
22. Gemeinde Karstädt (Prignitz)	– <b>keine Stellungnahme</b> –	Kenntnisnahme.	K
23. Amt Putlitz-Berge	– <b>keine Stellungnahme</b> –	Kenntnisnahme.	K

Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung am **04.12.2025** zur Berücksichtigung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange (TöBs) und Nachbargemeinden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 11.04.2024 sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB durch die öffentliche Auslegung der Planunterlagen in der Zeit vom 11.04.2024 bis zum 17.05.2024, geäußerten Stellungnahmen.

**Von der Öffentlichkeit wurden im Zeitraum der öffentlichen Auslegung der Planunterlagen zum Bebauungsplan Nr. 2 keine Stellungnahmen vorgebracht oder zu Protokoll gegeben.**

Fazit aus der Abwägung der Stellungnahmen aus dem Beteiligungsverfahren nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB):

In Auswertung der Stellungnahmen von den Behörden und Trägern öffentlicher Belange wurden diese in ihrem Inhalt in den Unterlagen des Bebauungsplanes Groß Pankow Nr. 2 „Sport und Freizeit“ berücksichtigt. Die gegebenen Anmerkungen und Hinweise aus den Stellungnahmen ergaben überwiegend redaktionelle Änderungen und Korrekturen in den Planunterlagen. Aus der Öffentlichkeit sind keine Stellungnahmen eingegangen. Die Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung wurde entsprechend dem Einwand der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Prignitz (uNB) redaktionell korrigiert. Zudem wurde im Norden des Plangebietes ein zuvor als Grünfläche festgesetzter Bereich nun als SPE-Fläche festgesetzt. Hintergrund war hier das Potential von Zauneidechsen. Mit dieser Festsetzung wird dieser Bereich planungsrechtlich abgesichert. Der Teil B wurde durch weitere Hinweise ergänzt. Sowie die Begründung und der Umweltbericht. Des weiteren wurde ein Leitungsrecht zugunsten der E.DIS im Plangebiet festgesetzt. Im Ergebnis mussten keine Änderungen an der Planung durchgeführt werden, die die Grundzüge der Planung berühren, so dass nun auf Grundlage der Satzungsfassung des Bebauungsplanes Groß Pankow Nr. 2 mit Stand November 2025 der Satzungsbeschluss gefasst werden kann.

Stand: November 2025

Die Abwägungsbeschlussvorlage wurde auf der öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung am \_\_\_\_\_.\_\_\_\_\_ beschlossen.

gez. Marco Radloff  
Der Bürgermeister  
Gemeinde Groß Pankow (Prignitz)

Zusammenstellung und Bearbeitung der Berücksichtigung der Stellungnahmen im Auftrag und in Abstimmung mit der Gemeinde Groß Pankow (Prignitz) durch:

**Plankontor** Stadt und Land GmbH

Am Born 6 B  
22765 Hamburg

Dipl.-Ing. Jörg W. Lewin / B.A. Igor Becker / M. Sc. Niclas Braun